



Broemme meint

Wer rechnet womit?

(BS) „Und damit hat keiner gerechnet.“ Das ist ein Satz, den man schon oft genug nach großen Naturkatastrophen gehört hat, obwohl er falsch ist. Ja, nicht nur der Klimawandel, aber auch dieser schlägt zu und führt zu immer stärkeren Unwettern und Dürreperioden.

Regenmengen von 100 Litern pro Quadratmeter sind keine Erfindung der Neuzeit, aber sie treten eben immer öfter auf. Die Feuerwehr kann eigentlich nur dann, wenn der Regen aufgehört hat, unterstützt vom THW mit dem Abpumpen beginnen. Eine intelligente Vorsorge sieht anders aus.

Da ist beispielsweise die Frage nach der Leistungsfähigkeit der Kanalisation. (Die natürlich nicht beliebig hoch sein kann.) Da ist Frage nach der Aufnahmefähigkeit von Regenrückhaltebecken. Um nur einige Punkte zu nennen.

Die Bevölkerung muss wissen, in welchem Gebiet sie lebt. Gut 40 Prozent leben in Gebieten, in denen Hochwasserereignisse gut möglich sind. Das muss in die Köpfe der Menschen, in die Verwaltung, in die Wirtschaft und in die Politik. Prävention ist alles. Ohne Prävention ist alles nichts.

Albrecht Broemme

Er war als Landesbranddirektor Leiter der Berliner Feuerwehr (1992-2006) und anschließend Präsident des THW (2006-2019)

Hochwasser fordert Helfer

(BS) Die starken Regenfälle und die steigenden Wasserpegel im Saarland und in Rheinland-Pfalz fordern die Helferinnen und Helfer des Katastrophenschutzes. Allein vom Technischen Hilfswerk (THW) waren mehr als 2.600 Einsatzkräfte aus allen Landesverbänden schon im Einsatz. Die Landesverbände des THW hatten bisher acht so genannte Fachzüge Wasserschaden/Pumpen entsandt.

Seit Beginn des Einsatzes setzten die Fachgruppen Wasserschaden/Pumpen im Saarland und Rheinland-Pfalz insgesamt 39 Hochleistungspumpen ein, die zusammen rund 500.000 Liter pro Minute fördern können. Mit elf mobilen Hochwasserpegeln, einer Eigenentwicklung des THW, überwachen die Einsatzkräfte die Pegelstände der Gewässer. Damit die THW-Helferinnen und -Helfer vor Ort schnell ihre Einsatzkleidung austauschen können, hat das THW-Logistikzentrum Hilden einen Bekleidungscontainer in das Einsatzgebiet geschickt.

Neben Abpumparbeiten beseitigen THW-Helferinnen und Helfer in den Hochwassergebieten an Saar, Mosel und Rhein Schäden, betanken Fahrzeuge sowie Geräte und beraten Einsatzleitungen vor Ort. Aufgrund der Wettervorhersagen sei das THW darauf vorbereitet, gegebenenfalls weitere Einheiten aufgrund von Überflutungen und Schäden an der Infrastruktur in den Einsatz zu bringen. Entsprechende Fachgruppen seien bundesweit noch in ausreichender Zahl einsatzbereit verfügbar, heißt es vonseiten des THW. „Sollte es die Lage erforderlich machen, stehen die THW-Einsatzkräfte bundesweit weiterhin bereit, um in den betroffenen Regionen zu helfen“, erklärte THW-Präsidentin Sabine Lackner.

Auch das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) unter-



Knapp 40 Pumpen des Technischen Hilfswerks (THW) waren bisher in den Hochwassergebieten im Einsatz.

Foto: BS/THW, Lukas Hannig

stützt bei der Bewältigung der Lage. So stellt das BBK die Warninfrastruktur bereit und koordiniert Hilfeleistungsersuche. Falls die eigenen Ressourcen der vom Hochwasser betroffenen Länder nicht ausreichen, um die Lage zu bewältigen, können diese das BBK um Unterstützung und Vermittlung von Engpassressourcen bei anderen Ländern und wenn nötig auch bei europäischen Partnern bitten.

Weitere Unterstützung vom Bund

So hat das Saarland über das Lagezentrum des BBK verfügbare Wasserrettungszüge sowie Feuerwehrebereitschaften ermitteln lassen und Hilfe aus Baden-Württemberg angenommen. Sechs Hochwasserzüge von Feuerwehren mit spezieller Ausrüstung haben sich dann auf den Weg gemacht.

„Herzlichen Dank allen Helferinnen und Helfern, die gerade in den Überflutungsgebieten im Einsatz sind und waren! Meine Gedanken sind bei allen Menschen, die von den Fluten der letzten Tage betroffen sind. Das BBK wird weiter unterstützen, wo immer es nötig ist“, so BBK-Präsident Ralph Tiesler.

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Auch die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) war u. a. im Saarland stark gefordert. So waren knapp 130 DLRG-Einsatzkräfte im Einsatz. Saarländische DLRG-Kräfte wurden mittlerweile auch durch 3 Wasserrettungszüge aus Rheinland-Pfalz und einen aus Bayern vorerst abgelöst. Das Einsatzspektrum der Gesellschaft umfasste Menschenrettung aus vom Wasser umgebenden Häusern bzw. Keller, Evakuierung von Personen, Tierrettung, Sachevakuierung, Drohnenerkundung, Rettung aus PKW im Wasser sowie die Unterstützung bei der Brandbekämpfung.

Aufräumarbeiten beginnen

Im Saarland will das dortige Umweltministerium Kommunen nach dem Hochwasser durch Drohnenflüge an Gewässern unterstützen, um Treibgut zu beseitigen. „Da durch das Hochwasser Schwemmholz sowie Kunststoffe und Abfall kilometerweit weggespült wurden, ist es absolut notwendig, die Umwelt und vor allem unsere Gewässer davon zu befreien, um letztendlich auch den Abfluss sicherzustellen. Mit dem Einsatz von Drohnen können Stellen, an denen sich Treibgut angesammelt hat, schneller und effektiver erfasst werden“, sagte die saarländische Umweltministerin Petra Berg (SPD). „Nicht entferntes Treibgut kann bei weiteren Regenfällen auch zu einem Anstieg der Pegel führen oder je nach Art auch eine potenzielle Belastung für die Umwelt darstellen“, so Berg weiter.

Zur Erfassung des Treibgutes in den Ge-



Die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) war im Saarland vielfältig im Einsatz.

Foto: BS/DLRG LV Saar

wässern unterstützt das Landesamt für Vermessung, Geoinformation und Landentwicklung (LVGL) die saarländischen Kommunen im Rahmen ihrer Gewässerunterhaltungspflicht. Dazu bietet das LVGL an, betroffene Gebiete mittels Drohne zu befliegen und die Bilder auszuwerten. Das Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz (LUA) berät fachlich und bringt Erkenntnisse aus den aktuell bereits stattfindenden Begehungen ein. Auch Feuerwehren, die eigene Drohneneinheiten haben, können bei der Auswertung unterstützt werden.

Die Landeshauptstadt Saarbrücken zog eine erste Schadensbilanz. Zwar sei das gesamte Ausmaß des Schadens derzeit noch nicht genau zu beziffern, aber die Stadtverwaltung gehe von Kosten in zweistelliger Millionenhöhe aus.

Behörden Spiegel NEWSLETTER & PODCASTS

In den aktuellen Ausgaben unserer weiteren Newsletter und Podcasts finden Sie u. a. folgende Themen:

NEWSLETTER

[Newsletter „Netzwerk Sicherheit“](#)

27. Mai:

- Höchststand politisch motivierter Straftaten
- BfDI klagt gegen BND

[Newsletter „Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik“](#)

28. Mai:

- Nächstes US-Waffenpaket für die Ukraine

[Newsletter „Digitaler Staat und Cyber Security“](#)

29. Mai:

- Wüst sieht Verpflichtung zur KI-Nutzung
- DDoS-Angriff auf M-V

[E-JOURNAL FUTURE4PUBLIC:](#)

- Was nicht passt, wird passend gemacht

PODCASTS

[Podcast „Public Sector Insider“](#)

28. Mai:

- Parlamentarische Staatssekretärin im BMFSFJ Ekin Deligöz im Interview

[Podcast „Public Sector Insider Stichwort“ vom 7. Februar:](#)

- Klimaneutral digital

DIGITALER KATASTROPHENSCHUTZKONGRESS 10.–11. SEPTEMBER 2024

Lernen in und aus der Dauerlage

Novelle des NRettdG

(BS) Der Niedersächsische Landtag hat die Novelle des Niedersächsischen Rettungsdienstgesetzes (NRettdG) beschlossen. Damit wird u. a. um Telenotfallmedizin, Datenschutz im Rettungsdienst sowie um die Umsetzung von EU-Vorgaben geregelt.

Mit der Novelle des NRettdG wird erstmals die flächendeckende Einführung der Telenotfallmedizin (TNM) im niedersächsischen Rettungsdienst landesweit rechtlich geregelt. Zudem wird die EU-Vorgabe des European Accessibility Act (EAA) beim Notruf umgesetzt. Ebenso umfasst die Novelle Regelungen zur Berg- und Wasserrettung als Bestandteil des bodengebundenen Rettungsdienstes. Schlussendlich wird für den Datenschutz eine Speicher- und Aufbewahrungsfrist für die Rettungsleitstellen, die Träger des Rettungsdienstes und deren Beauftragte eingeführt.

„Diese Reform macht den Weg frei für die flächendeckende Einführung der Telenotfallmedizin in ganz Niedersachsen, die wir nun schnellstmöglich vorantreiben werden“, erklärte dazu Die Niedersächsische Ministerin für Inneres und Sport, Daniela Behrens (SPD).

Deshalb soll einem nächsten Schritt seitens ihres Ministeriums ein Vergabeverfahren für die Beschaffung der notwendigen Software zum Aufbau der niedersachsenweiten Telenotfallmedizin im Rettungsdienst auf den Weg gebracht werden.



In Niedersachsen wurde die Novelle des dortigen Rettungsdienstgesetzes verabschiedet.

Foto: BS/Biskup-Klawon

Neuer THW-Bundesjugendleiter

(BS) Nach zehn Jahren als THW-Bundesjugendleiter ist Ingo Henke von seinem Amt zurückgetreten. Bereits nach seiner Wahl vor zwei Jahren hatte Henke diesen Schritt angekündigt. Henke bleibt der THW-Jugend weiterhin erhalten. Seine aktiven Projekte, die Kooperation mit dem ukrainischen Jugendverband "Schule der Sicherheit" und die Verantwortung für das Bundesjugendlager 2024, wird er weiterführen.

Als Nachfolger wählte der Bundesjugendausschuss den bisherigen stellvertretenden Bundesjugendleiter, Patrick Wiedemann, zum neuen Bundesjugendleiter der THW-Jugend. Wiedemann ist mit 24 Jahren der jüngste Bundesjugendleiter in der Ge-

schichte der THW-Jugend. Auf die Position des stellvertretenden Bundesjugendleiters rückt Thomas Kilian, ehemaliger Landesjugendleiter der THW-Jugend Saarland, nach.



Patrick Wiedemann (rechts) ist neuer Bundesjugendleiter der THW-Jugend. Thomas Kilian ist neuer stellvertretender Bundesjugendleiter.

Foto: BS/THW-Jugend

René Schubert geht nach Koblenz

(BS) Von Ratingen nach Koblenz – der bisherige Leiter der Berufsfeuerwehr Ratingen, René Schubert, wechselt als stellvertretender Projektleiter zum Team zum Aufbau des neuen Landesamtes für den Brand- und Katastrophenschutz nach Koblenz.

„Mit René Schubert verstärken wir das Team zum Aufbau des neuen Landesamtes, das unter Leitung der Landesbrand- und Katastrophenschutzinspektorin Dr. Kirstin Eisenhauer die Errichtung zum 1. Januar 2025 vorbereitet“, erklärte der Innenminister von Rheinland-Pfalz, Michael Ebling (SPD), zu der Personalie. Er bringe breite Erfahrung aus der Praxis bei den Feuerwehren in Ratingen und Essen sowie als stellvertretender Kreisbrandmeister im Kreis Mettmann mit. Schubert werde ab dem 1. August die Stelle

antreten. Der Wechsel von der Feuerwehr Ratingen zum Land Rheinland-Pfalz erfolge vorbehaltlich eines Stadtratsbeschlusses, der für Anfang Juli auf der dortigen Tagesordnung steht.



René Schubert wird das Landesamtes für den Brand- und Katastrophenschutz in Rheinland-Pfalz mitaufbauen.

Foto: BS/Feuerwehr Ratingen



Informationen und Anmeldung unter www.kommunale-verkehrssicherheit.de | www.kommunale-ordnung.de

Voranstaltungen des
Behörden Spiegel

No more business as usual — das Geld und die Katastrophen

(BS) Erst das „frische“ Hochwasser im Saarland und in Rheinland-Pfalz hat seine zerstörerische Kraft gezeigt. Die Schäden gehen in die Millionen. Dass dies kein Sonderfall ist, dürfte klar sein. Die Schäden, die aus immer häufiger auftretenden Katastrophen resultieren, belasten die Versicherer weltweit.

So teilte der Hauptgeschäftsführer des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV), Jörg Asmussen, mit, dass im vergangenen Jahr versicherte Schäden in Höhe von 5,7 Milliarden Euro entstanden sind. Doch dies ist nur die Spitze des Eisbergs.

In Europa gebe es eine Versicherungsschutzlücke, sagt Marie Scholer von der European Insurance and Occupational Pensions Authority (EIOPA) – der Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung. Dies ist eine Agentur der Europäischen Union mit Sitz in Frankfurt am Main. Es seien nur 25 Prozent aller Schäden durch Versicherungen in der EU gedeckt, so Scholer. Zwar variere die Zahl zwischen den Ländern, dennoch lasse sich ein Trend erkennen. Der Klimawandel verändere zudem den Versicherungsmarkt. Denn bei größeren Gefahren und Risiken stiegen auch die Prämien.

Es geht ums Geld

Umsich in Zukunft besser auf die kommenden Extremwetterereignisse einzustellen,



Dr. Homero A. Paltán macht sich für mehr Investitionen in die Resilienz stark.

Foto: BS/Biskup-Klawon

fordert Scholer, mehr Public-Private Partnerships – Öffentlich-Private Partnerschaften – einzusehen. Der Staat müsste proaktiv Maßnahmen ergreifen. So müsste ein Risikobewusstsein sowie ein Verständnis für Vorsorgemaßnahmen in der Bevölkerung geschaffen werden. Hierbei kämen die Versicherer mit ins Spiel. Diese müssten als Berater mit ins Boot geholt werden, um die Risiken und Schäden, die durch Naturkatastrophen entstehen, zu reduzieren. Weniger Schäden bedeuten schließlich weniger Kosten – für Versicherer und schlussendlich den Staat.

Kenne dein Investment

Auch Dr. Homero A. Paltán von der University of Oxford und der Weltbank sieht auch einen Hebel zur Vorsorge für Naturkatastrophen in Investitionen in die beispielsweise Wasser- und Energieinfrastruktur.



Es gibt eine Versicherungslücke bei Elementarschäden, sagt Marie Scholer.

Foto: BS/Biskup-Klawon

Nach Paltán bilden die Wasserinfrastruktur sowie die Energieversorgung das Rückgrat der Zivilisation und der Wirtschaft. Doch durch eine sich schnell verändernde und unsichere Welt, die von Klimawandel, Demografischen Wandel, Geopolitik und Technologie beeinflusst wird, sei ein „no more business as usual“ nicht mehr möglich, so Paltán. Katastrophen müssten im Kontext der Komplexität der Welt verstanden werden. Lokale Katastrophen hätten globale Auswirkungen. Dürren im Amazonas oder Überflutungen in China hätten Auswirkungen auf die Nahrungsmittelversorgungen auf der anderen Seite der Welt. Deshalb sei die Schaffung von resilienten und robusten Strukturen unerlässlich. Man müsse sich jedoch auch eingestehen, dass es Grenzen der Resilienz gebe und Schäden sowie Verluste den Kosten des Investments gegenüberstellen.

FUTURE  PUBLIC

Der Newsletter mit Zukunft.

 SUBSCRIBE

BBK:Warn-Leitfaden

(BS) Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) hat einen neuen Leitfaden herausgegeben. Mit der Publikation „Lokale Warnkonzepte – Leitfaden zum Erstellen lokaler Warnkonzepte im Bevölkerungsschutz mit Beispielen aus Mannheim und Ludwigshafen am Rhein“ will das Bundesamt den Behördenmitarbeiterinnen und -mitarbeitern, die Warnungen ausgeben, eine Hilfestellung bieten, ein „eigenes regional angepasstes Warnkonzept zu entwickeln“.

Das Erstellen eines lokalen Warnkonzepts sei eine komplexe Aufgabe, heißt es vonseiten des BBK. Das Warnkonzept müsse sich stets auf die regionalen Gegebenheiten beziehen, die facettenreich und in der Regel sehr unterschiedlich seien. Neben individuellen Konstellationen gebe es jedoch Grundlagen und Elemente, die in jedem Warnkonzept enthalten sein sollten. Diese Grundlagen werden in dem Leitfaden strukturiert erläutert.

Die Publikation beinhaltet u. a.: Leitgedanken bezüglich der Warnung der Bevölkerung, Erläuterungen der Warnzyklusphasen: Vorsorgen, Vorbereiten, Warnen und Nachbereiten sowie wichtige inhaltliche Impulse zum Beispiel zu den Themen Soziale Medien als Feedback-Kanal und Beteiligung.

„Ich bin davon überzeugt, dass wir hier eine wichtige Handreichung entwickelt haben, die uns unserem Ziel näherbringt: In Krisen und Notfällen so warnen zu können, dass wir möglichst viele Menschen erreichen – sowohl technisch als auch inhaltlich“, so BBK-Präsident Ralph Tiesler.

Den Leitfaden finden Sie [hier](#).



Warnen, aber wie? Ein Leitfaden soll unterstützen.

Foto: BS/iXimus, pixabay.com

30 Millionen Euro für Brandenburgs Wehren



Das Land Brandenburg stellt 30.370.000 Euro Fördermittel für die Feuerwehrinfrastruktur im Land zur Verfügung.

Foto: BS/Biskup-Klawon

(BS) Das Innenministerium in Potsdam fördert mit über 30 Millionen Euro die Feuerwehrinfrastruktur in Brandenburg. Von den Fördermitteln der Feuerwehrinfrastruktur-Richtlinie profitieren 62 Wehren.

Bis 31. Dezember 2023 konnten Anträge für Baumaßnahmen über die Sonderaufsichtsbehörde zur Förderung aus der Feuerwehrinfrastruktur-Richtlinie für das Haushaltsjahr 2024 eingereicht werden. Von den 72 eingegangenen Anträgen wurden drei zurückgezogen. 62 konnten positiv beschieden werden. „Investitionen in die Feuer-

wehren im Land sind das Fundament eines modernen Brandschutzes. Durch gut ausgestattete Wehren werden die Einsatzbedingungen verbessert und die Attraktivität des Ehrenamts im Brand- und Katastrophenschutz gesteigert. Denn nicht selten sind die Feuerwehren im Land auch Dreh- und Angelpunkt der örtlichen Gemeinschaft. Die Investitionen erhöhen somit nicht nur die Sicherheit der Menschen, sondern stärken auch die ländlichen Regionen“, bekräftigte Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen (CDU).

RLP rüstet sich für Waldbrände

(BS) Sommer ist bekanntlich Waldbrand-saison. Das Land Rheinland-Pfalz rüstet sich dafür mit neuen Tanklöschfahrzeugen (TLF 3000). Die insgesamt acht TLF 3000 im Wert von 3,5 Millionen Euro werden in den acht rheinland-pfälzischen Leitstellenbereichen stationiert. Genauer gesagt werden die geländegängigen und wadfähigen Fahrzeuge samt Zusatzausstattung bei den Freiwilligen Feuerwehr in Pirmasens, Göllheim, Hoppstädten-Weiersbach, Daun, Kaisersesch, Bad Hönningen, Eich und Lambrecht stationiert. Innenminister Michael Ebling (SPD) erklärte: „Die neuen TLF 3000 bieten eine Wasserkapazität von 3.000 Litern und sind mit modernster Technik ausgestattet, um auch in unwegsamem Gelände effektiv Hilfe leisten zu können. Neben der



Innenminister Michael Ebling bei der Übergabe der neuen TLF 3000 an die Kommunen.

Foto: BS/Mdl RLP

Wasserversorgung verfügen die Fahrzeuge über umfassende feuerwehrtechnische Ausrüstung, die den Einsatzkräften gerade bei Wald- und Flächenbränden wertvolle Dienste leisten kann.“

Der Fachkongress Deutschlands für IT- und Cyber-Sicherheit bei Staat und Verwaltung

**JETZT TICKETS
SICHERN**

PITS 2024

PUBLIC-IT-SECURITY

12.-13. Juni 2024,
Hotel Adlon Berlin

Security Performance Management

Referentinnen und Referenten u.a.:



Generalmajor Dr. Michael Färber,
Abteilungsleiter Planung und
Digitalisierung, Kommando
Cyber- & Informationsraum



Sabine Griebisch,
Managing Director,
GovThings



Brigadegeneral Armin Fleischmann,
Unterabteilungsleiter Cyber/Informa-
tionstechnik, Bundesministerium der
Verteidigung



Vera Sikes,
Fachbereichsleiterin
IT-Infrastrukturen,
Bundesamt für Sicherheit in der
Informationstechnik



Carsten Meywirth,
Leiter Abteilung Cybercrime,
Bundeskriminalamt

www.public-it-security.de

Eine Veranstaltung des **Behörden Spiegel**

Impressum

Herausgeberin und Chefredakteurin von „Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.“: Dr. Eva-Charlotte Proll.

Redaktionelle Leitung: Bennet Biskup-Klawon, Scarlett Lüsser. Redaktion: Jonas Brandstetter, Guido Gehrt, Dr. Barbara Held, Ann Kathrin Herweg, Lars Mahnke, Sven Rudolf, Paul Schubert, Anna Ströbele, Marlies Voßbrecker, Anne Mareile Walter. Online-Redaktion: Tanja Klement. Redaktionsassistent: Kirsten Klenner, Kerstin Bauer (Berlin); Produktionsassistentin: Wiebke Werner.

ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: 0049-228-970970

E-Mail: redaktion@behoerderspiegel.de; www.behoerderspiegel.de. Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.:DE 122275444 - Geschäftsführer: Dr. Fabian Rusch. Herausgeber- und Programmbeirat: Uwe Proll (Vorsitz). Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von „Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.“ Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten („Links“), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.